

# Bildung. Weiter denken!

Mehr Geld für Bildung



**// Resolution //**

**„Bildung. Weiter denken!“**

## **Rheinland-Pfalz braucht einen finanziellen Kurswechsel in der Bildungspolitik**

verabschiedet von den Vertrauensleuten  
der GEW Rheinland-Pfalz  
auf der GEW-Vertrauensleute-Konferenz  
am 30. November 2016  
im Schloß Waldthausen in Budenheim

Die Vertrauensleute der GEW Rheinland-Pfalz fordern die rheinland-pfälzische Landesregierung zu einem Kurswechsel in Fragen der Bildungsfinanzierung auf.

Die Sparpolitik als Folge einer verfehlten Steuerpolitik hat sich als falsch erwiesen. Die chronische Unterversorgung der Bildungseinrichtungen wird immer deutlicher und ist durch statistische Schönfärberei nicht mehr zu verdecken. Die Beschäftigten in Kitas und Schulen sind aufgrund der ständig steigenden Anforderungen überlastet. Sie brauchen dringend deutliche Entlastung in ihrer alltäglichen Arbeit, insbesondere durch mehr qualifiziertes Personal, kleinere Lerngruppen und Unterstützungsangebote.

Es muss dringend gegengesteuert werden. Doch werden derzeit von der Landesregierung die falschen Signale gesetzt. Die Legislaturperiode 2016 - 2021 ist bisher dadurch geprägt, dass noch mehr Einsparungen im Bereich der Bildung vorgenommen werden sollen. In den bekannt gewordenen Rahmendaten zum Landeshaushalt 2017/18 sind keine qualitativen Verbesserungen für den Bildungsbereich erkennbar, es geht in erster Linie um Kürzungen. Dies ist ein deutliches Signal für einen bildungspolitischen Rückschritt in Rheinland-Pfalz.

Die Vertrauensleute der GEW Rheinland-Pfalz sprechen sich vehement gegen die weitere Sparpolitik der Landesregierung aus. Sie fordern die dringend notwendigen qualitativen und quantitativen Verbesserungen im Bildungsbereich.

1. Bildungswege für alle öffnen und Chancengleichheit herstellen, insbesondere die Integration von Migrant\_innen aktiv und flexibel gestalten, Ganztagsangebote an Kitas und Schulen mit entsprechendem Personalschlüssel ausbauen, erforderliches Fachpersonal qualifizieren sowie die notwendigen Planstellen und Vertretungsmittel in den Haushalt einstellen
2. Bildungsangebote sicherstellen, dazu die Arbeitsbedingungen und personelle Ausstattung an den Kitas und Schulen verbessern
3. Qualifizierte berufliche Bildung für alle und die Vielfalt des Berufsbildungssystems gewährleisten
4. Mittel für Weiterbildung bereitstellen
5. Unterstützungssysteme sichern und weiter ausbauen
6. Attraktivität pädagogischer Berufe erhöhen, qualifiziertem Personal Beschäftigungsperspektiven bieten
7. Lehrkräftemangel insbesondere an Grundschulen, Berufsbildenden Schulen und Förderschulen beheben
8. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse beenden
9. Bezahlung und rechtlichen Status von Beamt\_innen und Beschäftigten angleichen
10. Fachkräftemangel in den Kindertagesstätten entgegenwirken
11. Sanierungsstau in den Bildungseinrichtungen dringend beheben und wo erforderlich ein zeitgemäßes Neubauprogramm nach pädagogischen Erfordernissen aufstellen
12. Schulsozialarbeit für alle Schulen ausbauen und dauerhaft sichern
13. Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern für den Bildungsbereich aufheben
14. Durch den demografischen Wandel frei werdende Ressourcen im Bildungsbereich belassen, in Regionen mit steigenden Kinderzahlen die Mittel erhöhen
15. Arbeitsplätze im Bildungsbereich zukunftsfähig und lebensphasengerecht gestalten
16. Schuldenbremse aufheben und damit Investitionen für die Zukunft sichern

Budenheim, 30.11.2016